

Entsetzen auf der Eon-Baustelle

Richter heben Bebauungsplan in Datteln auf. Der Weiterbau des größten Steinkohlekraftwerks Europas ist ungewiss

Jürgen Polzin
Sabine Brendel
Inge Anshl

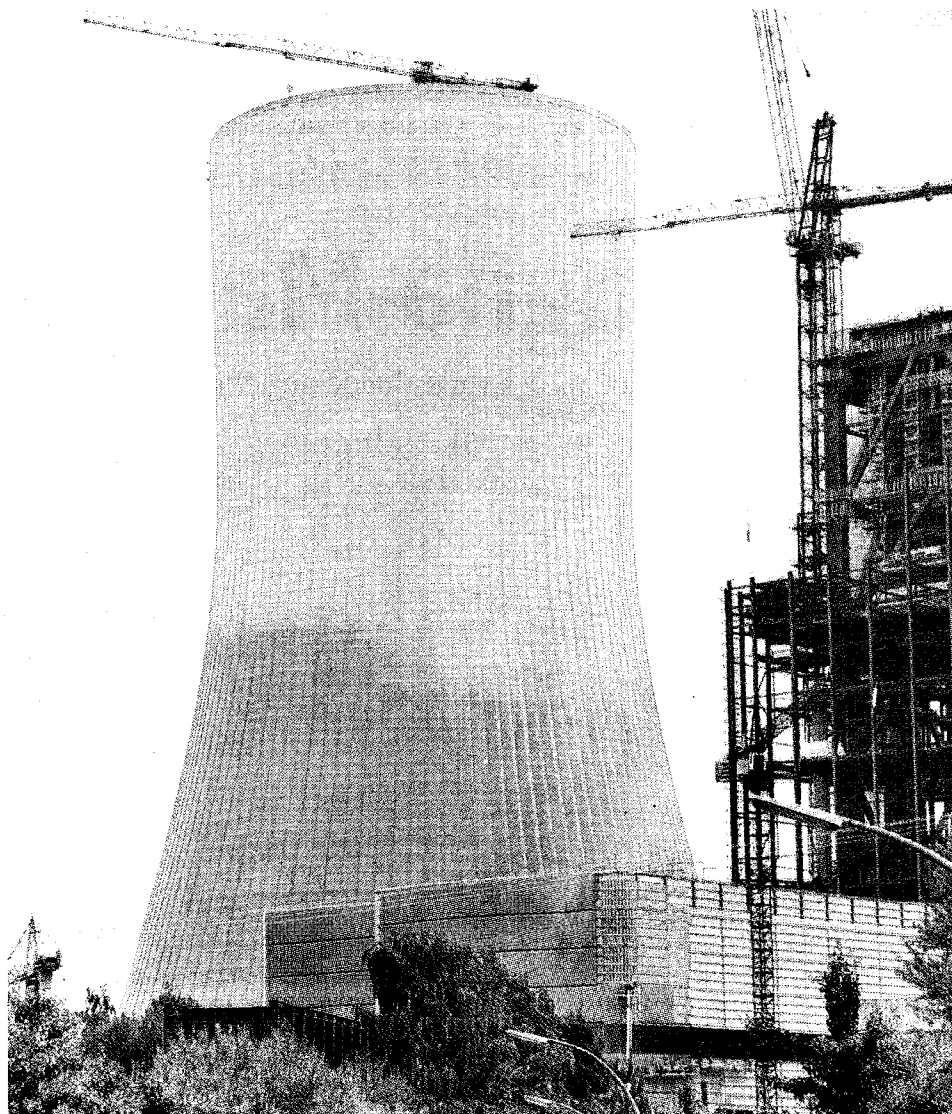
WM 204.09.09.
Datteln/EsSEN. Es soll ein gigantisches Energieprojekt werden. In Datteln will Eon für 1,2 Milliarden Euro das modernste Steinkohlekraftwerk Europas bauen. 180 Meter hoch ist der Kühlturm, 40 Meter höher als der Kölner Dom.

Drei alte Kraftwerke soll der Gigant ersetzen, wenn er 2011 den ersten Strom liefert. Doch nun herrscht Entsetzen unter den 2500 Arbeitern auf der Baustelle. Das Oberverwaltungsgericht NRW hat den Bebauungsplan der Stadt Datteln für unwirksam erklärt. Ein Novum in Deutschland.

»Der BUND wird alles daran setzen, dass Eon das Kraftwerk abreißen muss«

„Wir sind mehr als überrascht“, sagte ein Sprecher der Stadt Datteln. Unklar sei, wie es nun weitergehe. Schweigen auch in der Eon-Konzernzentrale in Düsseldorf. Dort brüteten Juristen am Donnerstag bis in den Abend hinein über den Gerichtsentscheid, der so offenbar nicht für möglich gehalten worden war.

„Wir hatten nicht damit gerechnet, dass das Gericht den Mut hat, den Energiegiganten



Kommt nun der Baustopp? Das gigantische Eon-Kraftwerk in Datteln ist gefährdet. Foto: von Staegmann

vorgenommen worden, die 2006 von der Landesplanungsbehörde genehmigt worden sei. Der alternative Standort stehe nicht mehr zur Verfügung: „Hier soll das Gewerbegebiet New Park entstehen.“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) begrüßte das Urteil. „Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für die Beklagte, die Stadt Datteln“, sagte Dirk Jansen, Geschäftsleiter der Umweltschutzorganisation in NRW. „Der erste Dominostein ist gefallen. Der BUND wird alles daran setzen, dass Eon das Kraftwerk abreißen muss.“

Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionschefin und Energieexpertin der Grünen, kritisierte eine „unheilvolle Kumpanei“ zwischen Eon und der lokalen SPD und CDU in Datteln. Höhn: „Die Parteien wollten unbedingt das Kohlekraftwerk und haben Eon auf Kosten der Bevölkerung überverteilt.“ Die Bezirksregierung habe Eon gewarnt, dass der Bau des Kraftwerks auf eigenes Risiko erfolge, weil landesplanerische Vorgaben verletzt würden. „Nun hat der Energiekonzern die Quittung für sein überhebliches und dreistes Vorgehen bekommen.“

BAUVORHABEN

Erfolgreiche Proteste

Seit 2007 wurde hier zu Lande

rechnet, dass das Gericht den Mut hat, den Energiegiganten zu stoppen", sagte Rechtsanwalt Philipp Heinz, der den seit Jahren klagenden Datteler Landwirt Heinrich Greiwing vertritt. Für die Richter indes ist die Sache klar: Die Planung verstoße gegen Ziele der Landesplanung, führten sie aus. Im Klartext: Bei der Erstellung des Bebauungsplanes hatte die Stadt Datteln offenbar einiges falsch gemacht. Die Richter verwiesen darauf,

Kommt nun der Baustopp? Das gigantische Eon-Kraftwerk in Datteln ist gefährdet. Foto: von Staegmann

dass der Landesentwicklungsplan eigentlich ein anderes Gebiet als Standort für ein Großkraftwerk vorsehe. Das nun nahezu fertig gebaute Kraftwerk liege nur 400 bis 500 Meter von der nächsten Wohnbebauung entfernt.

Der Rat habe zudem die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms und des Landesentwicklungsplans zur ressourcen- und klimaschützen-

den Energienutzung nicht hinreichend berücksichtigt. Auch das Gefährdungspotenzial des Kraftwerks und der Schutz der Bevölkerung im Falle eines Störfalls sei nicht ausreichend beachtet. Der Umfang des geplanten Flächenverbrauchs von etwa 64 Hektar sei nicht plausibel. Fraglich sei außerdem, ob die Auswirkungen des 180 Meter hohen Kühlturms auf die benachbarte Wohnbe-

völkerung sowie die zu erwartenden Luft- und Lärmimmissionen ausreichend ermittelt und abgewogen worden seien.

Im NRW-Wirtschaftsministerium löste die Begründung der Richter Erstaunen aus. Das Eon-Projekt verstoße nicht gegen die Landesplanung, sagte ein Sprecher. Vielmehr sei für den aktuellen Standort des Eon-Kraftwerks eine Regionalplanänderung

Seit 2007 wurde hier zu Lande sieben Mal der Bau von Kohlekraftwerken gestoppt, so der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Bürgerproteste hätten davon vier Vorhaben verhindert. RWE kippte 2007 seine milliardenschweren Kraftwerkspläne in Ensdorf (Saarland). Dort hatten sich die Menschen mit einem Bürgerbegehren gegen den Bau gestemmt. **sbi**